

# Merseburger Correspondent.

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Preis: vierteljährlich 1,00 Mk.; durch den Posten frei ins Haus 1,20 Mk.; durch die Post 2,20 Mk. einjährig, Bestellgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.  
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

**Gratisbeilagen:**  
Unparteiisches Unterhaltungsblatt  
Landwirtsch. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Lotterielisten — Kurszettel

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg. im Retikellertel 50 Pfg. Chiffrenanzeigen und Nachmeldungen 20 Pfg. mehr. Blankopost für die Bekundungsfahrt. Späts der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.  
—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

Nr. 210

Sonnabend den 8. September 1917

44. Jahrg.

## Weiter vorwärts im Osten. Die deutsche Kavallerie steht bereits 70 Km. östlich von Miga.

### Polnische Wirren.

Der polnische Staatsrat, der schon vorher infolge des Rücktritts der Vertreter der linken Parteien eine Kampfbereitschaft gewonnen war, ist vor einigen Tagen in seiner Gesamtheit zurückgetreten. Einen beschränkten Teil seiner Aufgaben — wie man hört, eigentlich nur die auf dem Gebiete des Ernährungswesens — wird ein dreigliedriger Ausschuss weiterverfüllen; dieser Ausschuss ist zugleich auf polnischer Seite das einzige Zentralorgan des werdenden (oder doch werden sollenden) Staates. Den Anstoß zum Rücktritt gab nach amtlicher Mitteilung die alte Streitfrage zwischen Staatsrat und Befehlungsregierung; die Legionsfrage. Der Staatsrat hatte seit langem den Anspruch erhoben, daß die Legionen als Truppen des künftigen polnischen Staates seiner Verfügungsgewalt zu unterstellen seien. Die Disziplinierungsverwaltung konnte unmöglich zulassen, daß eine bewaffnete Macht im Rücken der Front unter anderem als deutscher oder österreichisch-ungarischer Befehlsgewalt gerate. Nachdem die Regionen aus dem R. u. K. Verbandsverband ausgeschieden waren, wurden sie deshalb dem Generalgouverneur befohlen unterstellt. Solange sie unmöglich im Lande blieben, begnügte sich der Staatsrat mit grundsätzlichen Einsprüche. Mithin wurde nun aus militärischen Erwägungen und Bedürfnissen heraus der größte Teil der Regionen (deren Angehörige in der überwiegenen Mehrzahl Galizier, also österreichische Staatsangehörige, und nur in kleiner Zahl Polen aus dem Königreich sind) an die galizische Front geschickt. Darauf legte der noch vorhandene Rest des Staatsrats sein Amt nieder.

Der Staatsrat oder das eine oder andere seiner Mitglieder mag den Rücktritt als Einspruch bagegen aufstellen, daß das oberste Organ der polnischen Staatsbildung von der Verwendung der Regionen an der Front nicht befragt wurde. Großen Teilen des polnischen Volkes wird er aber zweifellos als Einspruch gegen die Kriegsteilnahme der polnischen Soldaten überhaupt erscheinen. Dem deutschen Leser wird das nicht ohne weiteres verständlich sein. Denn wir betrachten es als ganz naheliegend und natürlich, daß die von uns befreiten Polen für ihren dank unserer Kriegseinstellungen im Entfesseln begünstigten selbständigen Staat an der Seite der Kämpfer, die für diesen Staat den Grund gelegt haben — der Deutschen und der Österreicher.

Die Mehrheit der Polen denkt nicht so. Sie nimmt es gern hin, daß wir den Stein ins Rollen gebracht und die Frage der polnischen Staatlichkeit auf die europäische Tagesordnung gesetzt haben. Aber sie ist nicht geneigt, unsere Feinde als ihre Feinde anzusehen. Im Gegenteil: die „demokratischen“ Mächte gelten sehr vielen Polen immer noch als die wahren Freunde des polnischen Volkes. Selbst als sie noch mit dem Fortismus verbündet waren, rechnete man in Polen vielfach damit, daß man sich bei der Friedenskonferenz auf sie stützen, ihren Schutz und ihre Gönnerschaft werde anrufen können, nicht nur gegen das russische Rußland, sondern auch gegen die ihre Interessen wahrnehmenden Befreiungsmächte, insbesondere gegen Deutschland. Auch der russischen Revolution fanden weite Kreise der Sozialisten und Sozialisten, daß, nachdem nun auch Rußland „demokratisch“ werde, jeder polnischen Gegenpartei gegen die gemeine Entente der Boden entgegen sei. Man konnte aus dieser neuen Stellung zunächst keine praktischen Forderungen ziehen, weil das Land sich ja in deutschen und österreichischen Händen befand, aber man wollte auch nichts tun, was Polen die Freundschaft des Wiederbandes für später verschätzen konnte.

So entstand eine, gewiß nicht das ganze Volk, aber doch eine recht stiftliche und politisch sehr leidenschaftliche Anhängererschaft umfassende Richtung, die die höchste Weisheit darin sah, von den Befreiungsmächten möglichst viel zu fordern, ihnen aber nichts zu geben.

Jeder Schritt, den die Befreiungsmächte auf dem Wege zur selbständigen polnischen Staatlichkeit weitergingen, wurde nicht nur angenommen, sondern als durchaus ungenügend kritisiert; denn je mehr am polnischen Staatsbau am Kriegesende fertig war, um so besser war die Lage Polens bei den Verhandlungen. Auf der andern Seite ließ jede Forderung nach Gegenleistung, nach freier, aktiver Stellungnahme für die Entente auf sich haben, hartnäckigen Widerstand. Man wollte es um keinen Preis mit der Entente verhandeln und bemühte sich deshalb, soweit man nicht dem Zwange der Befreiung folgen mußte, „neutral“ zu bleiben.

Unter dem Einfluß dieser Strömungen gestaltete sich die Stellung des Staatsrats immer schwieriger. Er sollte mit den Befreiungsmächten arbeiten, von ihnen möglichst viele und weittragende Zugeständnisse zu erlangen suchen und ihnen dafür seinerseits gar keine gewähren. Da solche Taktik naturgemäß mit den größten Hemmnissen umgeben war und zu keinen sonderlichen Erfolgen führen konnte, war es leicht, Stimmung gegen den Staatsrat zu machen und die Unzufriedenheit gegen ihn zu schüren. Immer mehr Mitglieder schieden deshalb aus, und die letzten haben wohl die Möglichkeit der Regionsaffäre nicht ungenutzt, um sich ihrer unabweisbaren Aufgabe zu entziehen.

Auf die Politik Deutschlands und Österreich-Ungarns in Polen wird die Umgebung des Staatsrats zunächst wohl keinen entscheidenden Einfluß üben. Aber als äußere Ursache einer wenig erfreulichen Entwicklung polnischer Stimmungen und Tendenzen verdient sie in Deutschland volle und ernste Beachtung.

## Der Weltkrieg.

Hindenburg und Ludendorff reiflose Zuversicht.

Im „Dnewnik“ schreibt Schriftleiter Tanew den Empfang der bulgarischen Journalisten im deutschen Hauptquartier und ihre Begegnung mit Hindenburg und Ludendorff und führt Äußerungen beider Generale an. Hindenburg sagte: „Sie nehmen die Überzeugung mit, daß wir überall, wo wir kämpfen, auch siegen und nur einen ehrenvollen Frieden abschließen werden, der die von uns und Bulgarien gebrachten Opfer rechtfertigt.“ Ludendorff äußerte sich: „Wir stehen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eng verbunden. Unser beiderseitigen Beziehungen beruhen auf Vertrauen und Achtung und werden sich immer inniger gestalten. Wir werden siegen. Aberwahnungen sind ausgeschlossen. Unsere Gegner werden trotz ihrer Hartnäckigkeit bald nachgeben. Wir sind zwar gegen die Fortsetzung des Krieges, müssen aber, von den Gegnern gezwungen, den Krieg noch einige Zeit fortführen. Ich bin überzeugt, daß wir ihn innerhalb einiger Monate zu einem glücklichen Ende führen werden.“

Das Vorgehen des Papstes in der Friedensfrage dürfte sich in folgenden Richtungen bewegen: Bei nur geringster Möglichkeit von Verhandlungen, welche die Antwort des Verbundes zulassen, werde der Papst den formellen Schritt des Vorschlages des Zusammentritts einer Friedenskonferenz machen. Nach ihrem Zusammentritt oder grundsätzlicher Annahme werde er einen Waffenstillstand vorschlagen und diesem durch die Autorität der Kirche Sanktion zu verleihen suchen. Bei vollkommen negativer Haltung der Verbandsantworten werde der Papst keine Note mehr an die Regierungen richten, sondern sich darauf beschränken, als kirchlicher Oberhirt im Konsilium oder in einer Eingetragte nuerlich den Willen den Friedensgedanken vorzulegen.

Wilson und Deutschland.

Aus dem Haag berichtet eine eigene Drahtmeldung: Dem „Nieuwe Courant“ wird aus Washington gemeldet:

Das amerikanische Staatsdepartement hat bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten nicht die Entfernung der Dynastie der Hohenzollern als Voraussetzung für die Friedensverhandlungen verlangen. Amerika würde sich damit zufrieden geben, wenn innere politische Reformen in Deutschland eingeführt würden, durch die die Grundsätze des Verfassens gegenüber den anderen Nationen gewährleistet würde. Man wünsche Deutschland nicht eine bestimmte Regierungsform vorzuschreiben. Amerika würde selbst darüber entscheiden, ob ihm die in Deutschland eingeführten Reformen als genügende Grundlage für Friedensverhandlungen erscheinen. (?)

Beitritt Chinas zum Londoner Abkommen.

Die „Daily Mail“ meldet, daß China am 2. September dem Londoner Abkommen gegen den Abschluß eines Sonderfriedens beigetreten ist.

Süngerleitz gegen die Neutralen.

Der New Yorker Berichterstatter der „Times“ meldet: Holland, die Schweiz und die skandinavischen Länder werden in Zukunft als Länder behandelt werden, von denen angenommen wird, daß sie als Nachbarn Deutschlands ihren Handel mit Deutschland und dessen Verbündeten fortsetzen wollen. Wilson erklärte vor kurzem, daß eine strengere Überwachung der Ausfuhr vieler neutralen Länder nach Deutschland notwendig sei. Sönderleitz hat es auf Grund der ihm von dem Süngerleitz erhaltene Anknüpfung für Waren erlassen, von denen man annehmen würde, daß sie irgendeine Deutschland und seinen Verbündeten zugute kommen würden. Praktisch bedeutet das, sagt der Berichterstatter, daß diese Neutralen auf Nationen gestellt werden.

Der Depechenwechsel Kaiser Wilhelms mit dem Zaren über den Dreimächte-Zusammenschluß gegen England.

Der Kaiser meldet: Der „New York Herald“ veröffentlicht Telegramme des Zaren Kaiser an den Zaren während des russisch-japanischen Krieges, deren Grundgedanken wir bereits gestern bekannt gegeben haben. In einem Telegramm an den Zaren vom 27. Oktober 1904 sagt der Kaiser unter Bezugnahme auf die Anforderungen der britischen und japanischen Regierung an Deutschland, sich an der Bekämpfung der Kriegsteilnahme zu beteiligen. Diese neue Gefahr muß durch England und Deutschland ins Auge gefaßt werden. Deutschland wünscht, daß Frankreich an der Bekämpfung teilnimmt, die im Falle eines Casus federis auf sich genommen hat. Es steht außer Zweifel, daß Frankreich auf ein berechtigtes Schicksal, seine Verpflichtung gegenüber seinen Verbündeten zu erfüllen, eine ausserordentliche Haltung einnehmen würde. (Hier folgen einige Sätze.) Döhring Detours englisch gefaßt ist, ist er doch verständlich genug, zu begreifen, daß die britische Flotte vollkommen ohnmächtig in Paris zu retten. Dieser Gründe wegen müßte ein Zusammenstoß der drei stärksten Mächte des Festlandes erfolgen. Dann würde sich die englisch-französische Gruppe zweimal bedecken, bevor sie handelt. — Der Zar antwortete am nächsten Tage. Er ist mit dem Deutschen Kaiser darin einig, daß Deutschland, England und Frankreich sich vereinigen müßten, um den englisch-japanischen Hostmut und die Unerschämtheit dieser Länder zu brechen. Er ermächtigt den Kaiser, einen berechtigten Vertrag im großen Umfang zu unterwerfen. Frankreich würde wohl dafür zu haben sein, sich seinen Verbündeten anzuschließen, sobald Deutschland und Rußland den Vertrag unterzeichnet hätten. Darauf sandte der Deutsche Kaiser einen Entwurf an den Zaren, den dieser Frankreich vorzulegen beabsichtigte. Doch scheint es später von dieser Absicht zurückgekommen zu sein. Der Kaiser telegraphierte u. a. zurück: Wenn Frankreich weiß, daß der Vertrag zwischen England und Deutschland noch nicht unterzeichnet ist, würde es seinen Freund, wenn nicht seinen geheimen Verbündeten England, an den es durch die Entente cordiale gebunden ist, sofort informieren. Die Folge davon würde die Abweisung von Japan auf Deutschland im Kampf in Europa wie in Asien sein. Ihre unerwartete Übermacht zur See würde meine kleine Flotte bald lähmen und Deutschland würde vorübergehend flüchtig sein. — Am folgenden Tage telegraphierte der Kaiser: Es darf keine Zeit verstreichen. Seine letzte Macht darf über unsere Absichten irgend etwas erfahren, bevor das Abkommen bezüglich der Kohlenlieferungen unterzeichnet worden ist. Die Folgen würden sonst sehr gefährlich sein. — Der Zar antwortete am nächsten Tage: Ich teile vollkommen Deinen Wunsch und hoffe zu einer baldigen Erledigung dieser Angelegenheit zu kommen.

## Die Kämpfe an der Westfront.

Der amtliche Abendbericht vom 6. September lautet: Nordlich von Ypern und bei Lens sind starke englische Zeilangriffe gescheitert. Bei Verdun dauert der Artilleriekampf an.

Die amerikanischen Truppen in Frankreich haben bereits nicht unerhebliche Verluste erlitten. Nachdrücklich darüber werden in Amerika erst veröffentlicht, wenn eine bestimmte Ziffer an Toten und Verwundeten erreicht ist.

Der „Neuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht nach den amtlichen englischen Angaben die folgende Statistik der englischen Verluste: Im April 1918 107 Offiziere, 31 619 Mannschaften; Mai 5991 Offiziere, 107 675 Mannschaften; Juni 3001 Offiziere, 84 067 Mannschaften; August 5264 Offiziere, 82 404 Mannschaften. Außerdem wurde eine amtliche Verurteilung der Flotte für den Monat August veröffentlicht, die die Namen von 97 Offizieren und 787 Mannschaften verzeichnet.

In Ergänzung des amtlichen Heeresberichtes berichtet M. L. B.:

In der neuen seit einigen Tagen toben

### Artillerieklänge in Flandern

vermochten die Engländer bisher trotz größter Massierung von Batterien nicht die Feuerüberlegenheit zu erringen. Die Infanterieangriffe, die sie am Abend des 5. September der Artillerieklänge folgen ließen, führten zu einer schweren englischen Niederlage. In der Gegend östlich Ypern hatte die britische Artillerie dreimal zum Trommelfeuer geheizt, dann begannen um 10 Uhr die englischen Angriffe aus der Gegend von St. Julien. Zusammenfassend Feuer wies die Sturmwellen bereits größtenteils vor den deutschen Stellungen an. Was bis zu den Gräben gelangte, wurde im Nachkampf stets zurückgeworfen. Um 11 Uhr wiederholten die Engländer ihre Angriffe mit dem gleichen Mißerfolg. Dagegen ließ eine deutsche Patrouille erfolgreich östlich Armentières vor. In Gegend Frezenberg brachte eine deutsche Patrouille zwei englische Maschinengewehre ein. Auch an der Spitze war das Artilleriefeuer heftig. Osten wurde von Land her durch Gasflieger beschossen, ohne daß militärischer Schaden entstand.

Am 10. und 11. in der Gegend von St. Quentin hat die englische Angriffstätigkeit aufgehört.

An der Aisne unternahmen die Franzosen nur in der Gegend von Bazay-Holain am Abend einen Angriff, der vollkommen zusammenbrach. Die zusammengehörigen französischen Sturmwellen gelangten nicht einmal bis an die deutschen Stützpunkte. Alle weiteren Angriffsbereiche der Franzosen an dieser Stelle unterband das deutsche Vernichtungsfeuer. Auch nördlich von Reims wurde ein französischer Angriff abgewiesen. Von Souain-Wald bis östlich Reims hatte den ganzen Tag über starkes französisches Artillerie- und Minenfeuer auf den deutschen Stellungen geheizt. Truppenansammlungen in den französischen Gräben wurden mehrfach erkannt und unter Vernichtungsfeuer genommen. Als dann um 10 Uhr abends die Franzosen nach logischerweise einsehender höchster Steigerung des Artillerie- und Minenwerferfeuers zum Angriff vorbrachen, empfing sie ungeschwächt deutsches Artilleriefeuer, das ihren Angriff vollkommen zusammenbrach ließ.

In der Champagne kamen die beabsichtigten französischen Angriffe gar nicht erst zur Ausführung. Die in den französischen Gräben beheizten der Straße Somme-By-Souain zwischen 8 und 8 Uhr 30 abends zum Sturm bereitgestellten französischen Truppenansammlungen wurden durch Vernichtungsfeuer zerstört.

### Vor Verdun nimmt die Artilleriekämpfe

auf dem Ostufer der Maas noch an Ausdehnung zu. Unter erfolgreichster Mitwirkung der Flieger setzte die deutsche Abwehrartillerie mit mächtigem Erfolg die Bekämpfung der französischen Batterien fort. Wiederum konnten zahlreiche Brände und Explosionen beobachtet werden. Der Verkehr hinter den französischen Front wurde durch Feuer gehindert. Die französischen Gräben, besonders die östlich des Joffe-Waldes, deren verstärkte Befestigung erkannt worden war, wurde mit Vernichtungsfeuer belegt.

## Der Luftkrieg.

In der Nacht vom 4. zum 5. September haben unsere Marineflugzeuge militärische Anlagen von Dürenkirchen und St. Pol mit insgesamt 2300 Kilogramm Bomben angegriffen. Brände und Detonationen wurden beobachtet.

### Minenangriff auf Loth.

Ans Karlsruher wird gemeldet: Am 4. September mittags konnten feindliche Flieger die offene Stadt Loth mit Bomben. Zwei Personen wurden getötet, drei schwer verletzt. Der angerichtete Schaden ist gering.

## Der Krieg mit Italien.

Aus dem Wiener Kriegspressequartier wird unter dem 6. September mittags mitgeteilt: So fern nach militärisch laute der Kampf um den Monte San Gabriele ab. Der Berg ist in unserer Hand.

Gestern vor 12 Tagen begannen die Italiener mit ihren planmäßigen Angriffen gegen den Monte San Gabriele. Artillerie- und Minenwerfermassen vereinigten durch diese Stunden ihr Feuer gegen unsere Stellungen. Auf engem Raum lief Tag und Nacht die In-

fanterie von mindestens 8 italienischen Brigaden Sturm. Vorgehen erreichte das Ringen seinen Höhepunkt. Der Bergspitze wechselte im hin- und hergehenden Kampf mehrmals den Besitzer, aber der Jubel des nach einem Genationserfolg stürzenden Feindes war verfrüht. Die opferfreudige Fähigkeit unserer Truppen gewann die Oberhand. Scharfe Gegenstöße setzten den Angreifer und entrißen ihm den vordringend gewonnenen Boden. Gestern mittag war der Monte San Gabriele wieder voll in unserer Hand. Abends wurde ein starker Angriff blutig abgeschlagen. Italienische Truppenansammlungen im Tale stellen weitere Kämpfe in Aussicht.

Stück von Örtz wieseln wir Zeilangriffe zurück. Auf dem Südwinkel der Karthoffeläcker dauerte die Schlacht den ganzen Tag an. Der Italiener wurde aus seinen vordersten Gräben geworfen. Unsere brave Infanterie behauptete sich in den vordersten Linien siegreich gegen alle Versuche des Feindes, seine Mißerfolge durch starke Gegenangriffe weitzumachen. Die Zahl der am 4. und 5. September in diesem Kampfraum eingebrachten Gefangenen ist auf 180 Offiziere und über 6300 Mann gestiegen. Trieft vor abermals das Ziel zweier italienischer Luftangriffe.

Die militärische Bedeutung des Erfolges leuchtet unmittelbar aus dem Wortlaut des österreichisch-ungarischen Generalstabesberichtes ein. Es sind Höhenlaten, die unter den höchsten Leistungen und Taten dieses Krieges genannt werden müssen, die am Monte Gabriele von unserem Verbündeten vollbracht worden sind. Zu diesen Leistungen gehören auch die von dem deutschen Volkes fliegen, denn die Kräfte, die Österreichs Soldaten am San Gabriele bekämpften haben, ist eine von denen, deren Mühsal nicht ohne Rückwirkung auf die politische und militärische Einflüsse unserer Feinde gewesen wäre. Der österreichische Anführer am Jongo ist in den Tagen des deutschen Vormarsches über Nizza hinaus ein sehr wichtiger Genosse in dem Bilde, das unsere Kriegslage, besser denn je, darstellt.

## Die Kämpfe an der Ostfront.

Nach der Einnahme von Riga haben unsere Truppen nicht gekämpft, den Erfolg weiter auszubauen. Schon sind über 3000 Quadratkilometer von uns befreit, also etwa dreimal soviel Land, als die Franzosen in Elsaß-Lothringen von uns überhaupt in Besitz haben. Das Loch in der russischen Front, das durch unseren Vorstoß gerissen wurde, hat bereits eine Breite von 140 Kilometern erhalten. Das ist fast genau soviel, wie die gesamte englisch-belgische Front von der Nordsee bis St. Quentin beträgt. Auch nach Süden ist die russische Front weiter aufgerollt. Unsere Truppen haben bereits den Waldhof Ödmeschhof, nördlich von Jelenichstadt, befreit, der etwa 50 Kilometer südlich unseres Überganges über die Düna liegt. Im Wald- und Sumpfgelände nördlich der Düge, eines Nebenflusses der Düna, sehen die Russen ihren Rückzug eilig fort. Zwischen der litauischen Na und dem Meerere haben sich die Russen zur Abwehr nicht mehr gestellt. Die ganze 12. russische Armee ist in der Auflösung begriffen. Ihre Verluste waren sehr schwer. Über 8000 Gefangene sind in unserer Hand geblieben. Das ist verhältnismäßig wenig, aber wir machten bereits darauf aufmerksam, daß der überhöhte Rückzug uns keine große Zahl von Gefangenen erwarten lasse. Die Zahl der Geschütze ist auf 180 gestiegen. Darunter sind Geschütze schweren Kalibers und völlig unbeschädigte Strambatterien. Dazu 200 Maschinengewehre, mehrere Panzerautomobile und ein noch unbeschädigtes Material. Der deutsche Abendbericht vom 6. September meldet:

Im Osten wurden russische Nachhuten bei Gontalpen und südöstlich Riga (70 Kilometer östlich Riga) von unserer Kavallerie geworfen.

### In Osten

ist an der sudländischen Front die deutsche Kavallerie durch Sumpf und Wald der in Richtung an die Russen abziehenden 12. russischen Armee auf den Fersen, während die deutsche Flotte den Rigischen Meerbusen beherrscht. Die stündlich steigende Beutezahl läßt die wachsende Bedeutung des großen deutschen Erfolges vor Riga immer deutlicher erkennen.

Der deutsche Gouverneur von Riga ernannt. Wie verlautet, wurde Generalleutnant von Allen zum Gouverneur der Festung Riga ernannt.

## Vom Seekriege.

### Neue katilische U-Boot-Beute.

Im Atlantischen Ozean, Armeikanal und in der Nordsee haben, laut amtlicher Meldung, unsere U-Boote wiederum 7 Dampfer mit 19 500 Tonnen registrierten Tonnage erbeutet, darunter die englische U-Boot-Jalle „D.“ (früher englischer Dampfer „Wala“), einen unbekannt Dampfer von etwa 4000 Tonnen, der nach Aussehen, nach der Art der Benennung und Schutzwärter sowie nach dem gleichmäßigen Umzuge der Besatzung als Hilfskreuzer angesehen wurde, und einen englischen bewaffneten, getriebenen, tief betenden Dampfer.

Wie die englische Admiralität bekannt gibt, sind in der letzten Woche 20 Schiffe über und drei unter 1600 Tonnen vertrieben worden. Neun seien erfolglos angegriffen worden.

Von deutschen Wasserflugzeugen angegriffen.

Aus Maassuis wird berichtet: Ein nach England ausgefahrter Geleitzug von Schiffen wurde auf

See von deutschen Wasserflugzeugen angegriffen. Die Dampfer „Riedel“ und „Thomas Krug“ sind deshalb in den Hafen zurückgekehrt.

### Die englischen Wochenerfolge.

Reuter meldet: Die Admiralität teilt mit: In der vergangenen Woche wurden 10 britische Schiffe über 1600 Tonnen und drei unter 1600 Tonnen versenkt. Neun Schiffe wurden ergebnislos angegriffen.

## Die Lage in Rußland.

### Reval als Gefährdung erklärt.

„Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Reval wurde als unmittelbare Gefährdung erklärt. Auf Eruchen der provisorischen Regierung erließen die Kommandanten in Reval Militärjäger an die Staatsangehörigen, den Festungs- und Militärbezirk Reval zu verlassen.

### Lyndhufjörður an Suðmolinov.

Als der ehemalige Kriegsminister Suðmolinov nach Schluß des letzten Verhandlungstages aus dem Verhandlungsgebäude (Offiziersvereinsgebäude) mittels Automobils wieder nach der Peter-Baul-Festung zurückgekehrt werden sollte, wurde das Automobil auf der Straße von einem großen erregten Menschenmenge angehalten und umgelehrt. Dagegen die Begleitmannschaften des Automobils in ihrer Waffe Gebrauch zu machen beabsichtigte, drang die Menschenmenge auf ihn bleich und gitternd am Boden liegenden Suðmolinov ein. Nur dem Eingreifen starker Soldatenpatrouillen gelang es, dem unruhigstehenden Mob die sammelnden Suðmolinov zu befreien und ihn so vor der Lyndhufjörður zu führen. Die Menge brach darauf in Schimpfen gegen Suðmolinov, gegen die Soldaten, gegen Janitscharen und die Romanows aus. Im letzten Verhandlungstage wurde festgehalten, daß Suðmolinov von zahlreichen großindustrialen Werken, vornehmlich französischer, sich für erzielte Arbeitsbeschäftigung in der Lyndhufjörður zu entschuldigen ließe. Eine Anzahl französischer metallurgischer Industrieanlagen in Rußland hätte dafür vollkommen minderwertiges Geschösmaterial geliefert, das an der Front ziemlich veraltet habe. Dagegen ist Kriegsminister bekannt war, daß das Geschösmaterial fast völlig unbrauchbar war, habe er Bestätigung gegeben, daß es sich nicht als abnehmend sei. Geschäftliche Summen der russischen Werken, hauptsächlich der Industrieanlagen in Moskau, den Uraler Gewerkschaften, den Briarifer Schmelzwerken und der Fabrik Rarvoinen aus politischen Gründen keine größeren Aufträge erteilen konnte. Es sei im Ministerrat festgelegt worden, diesen Unternehmungen nur im Vorfall Aufträge zu überreichen, da sie, wie erwidert war, beträchtliche Summen den revolutionären gesellschaftlichen Komitees zuführen ließen, um den Kampf gegen die Regierung zu stärken. Sätze die Regierung die Gewähr gehabt, daß diese russischen Industriellen mehr dem Vaterlande und weniger dem Kampfe gegen die Regierung dienen wollten, so hätte sie ungeschädigt die Munitionsbereitstellung der russischen Industrie in vollem Umfange übertragen. Die hinteren Ereignisse hätten nur zu deutlich bewiesen, daß das Ministerium der Regierung gegen die Industriellen berechtigt war.

### Schwere Ausweichungen in Petersburg.

Stocholm, 6. Sept. Als Folge der neuen deutschen Offensive traten in Rußland, wie hier gemeldet wird, sofort neue bedeutliche Änderungen von Beratung an. In der ruhigen Zellen niedergeworfenen radikalsten Revolutionäre konnten wiederum ihr Haupt erheben. In Petersburg kam es zu schweren Ausschreitungen, weil bolschewistische Propagandafaktionen durch Soldaten eines für die Front bestimmten Bataillons abgerufen wurden. Vorübergehende Arbeiter suchten die Mannschaften daran zu hindern und schloßerten auf die Soldaten Handgranaten, die mit Geschützschüssen antworteten. Das vorderrückmarchierende erste bolschewistische Regiment mißte sich zumitten der Boltschewie ein und schoß wieder auf das Bataillon. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Auf die Nachricht von der Riger Niederlage zogen auf dem Nebozi Prospekt große Soldatentrupps entlang, die Stabarten mit der Aufschrift trugen: „Befehlt ist die Deutschen die Bourgeoisie, ihr werdet dann mehr Erfolg haben!“

## Deutschland.

Der Kanzler reist nach Stuttgart. Die Nordd. Allgem. Ztg. meldet: Der Reichskanzler begibt sich Donnerstag abend nach Stuttgart, um sich dem König vorzustellen. Freitag abend tritt der Reichskanzler die Rückreise an.

## Provinz und Umgegend.

† Halle, 7. Sept. Die Futtermittel- und Getreidehandel-Alt-Ges. in Halle schenkt für 1916/17 bei einem Aktienkapital von 400 000 Mark eine Dividende von 20 Prozent aus für die Kriegsteilnahme und 104 220 Mark zurückgestellt. Leider ist nicht bekannt, inwieweit die Dividende gegenüber dem Vorjahre gestiegen ist — 20 Prozent im dritten Kriegsjahr als Lebensmittelinbidende eine heilsame Erscheinung.

† Halle, 7. Sept. Der Magistrat der Stadt Halle nimmt in einer Bekanntmachung gegen die Rolle der Präsidentsen an den Papst Stellung. Es heißt darin a. a. Als freie Bürger eines freien Staates erklären wir, die bescheidenen Vertreter der Stadt Halle, aus freier Initiative, daß wir des Gebahren des Präsidentsen Willen als verächtlich nicht von uns wissen, daß wir jeder Gemühtung in die inneren Angelegenheiten unseres Volkes und Staates in beständiger Abwehr entgegenzutreten und beizubehalten an unserem Staatswohl die Treue zu unserem Herrscherhaus nicht anders verstehen, als mit ihm zu liegen oder unterzugehen.

† Heilb., 6. Sept. In der Übergangszeit erkrankte am Sonntag nach dem Besuch des Schlosses, die Frau des in der Heilbrunnstraße 9 wohnende Ehepaar Wacker und das bei ihnen lebende zehnjährige Enkelkind Karl. Während des Gebahren noch Franz Meißner, ist das Kind gestorben. Auch eine Frau Meißner, die in der Gauer-





# Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

Nr. 210

Samstag den 8. September

1917

## Merseburg und Umgegend.

7. September.

† Auf dem Felde der Ehre gefallen. Den Selbsttod erlitt der Herrmann Günther Meißner, Sohn der Witwe Emilie Meißner hier. Er war Führer des Hietern kreuzes 2. Klasse und stand im 28. Lebensjahre. — Den Seemannsstand fand der H.-L. Götter Hans L. u. H. e, Pflieger des Schlossermeisters Gottlieb Götter von hier. Er erlitt auf einem Vorkampfboden in den letzten Seemannsstand den Selbsttod. Ehre dem Andenken dieser Helden.

\* Die Haushaltungen, die noch keine Brotmarrken erhalten bzw. abgeliefert haben, werden nochmals aufgefordert, dies namentlich am Sonnabend vormittag von 8 bis 1 1/2 Uhr im alten Rathaus zu tun. Der dann nachträglich Brotmarken empfangen will, muß abgewiesen werden, da die Brotmarken für längere Zeit mit anderen wichtigeren Arbeiten beschäftigt ist. Wer also diese Aufforderung wieder versäumt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn die Haushaltung kein Brot erhält.

\* Ausgabe von Karten zum Hoflieferant, Sonnabend nachmittag von 4 bis 5 Uhr werden in der freien Stadt (Hoflieferant) an die Haushaltungen Karten ausgegeben, die noch keine im Besitz haben. Ohne eine solche Karte kann Hoflieferant nicht getauft werden.

\* Die Informationsleiter in den Schulen. Aus Anlaß des bevorstehenden Vierhundertjahr-Gedenktages der Aufhebung der Unfreiheit ist der Kultusminister hinsichtlich der Teilnahme der Schüler eine Verfügung ergangen lassen, in der es heißt: „Der 31. Oktober 1917 ist für alle evangelischen Schüler und Schülerinnen der Volks- und mittleren Schulen, der Lehrpläne und Abwesenheitslisten, der höheren Lehranstalten, der Lehr- und Lehrmittelanstalten ein besonderer Feiertag. Demgemäß fällt der Unterricht an allen evangelischen Schulen und paritätischen Schulen mit überwiegender evangelischer Schülern ganz, an den übrigen für die evangelische Minderheit aus. Für die evangelische Schulpflicht sind würdige Schulleitern abzuwarten. Zur Erhöhung der Feier wird es beitragen, wenn da, wo die Verhältnisse es zulaßen, im Zusammenhange mit den kirchlichen Gedenken ein allgemeiner Feiertag der evangelischen Schulpflicht unter Führung ihrer Lehrer und Lehrerinnen zur Kirche stattfindet. Es darf erwartet werden, daß die Vorstände und die Schulen gegen die Mittel bereitstellen werden, um den Schülern und Schülerinnen ein bleibendes Andenken an die Feier durch Überreichung einer Heftchen oder eines Bildes usw. zur Erinnerungstafel zu geben.“

\* Die Schieferfabriken werden teurer. Der Verband deutscher Schieferfabriken gibt bekannt, daß infolge der steigenden Löhne und Rohstoffpreise für alle in Auftrag befindlichen und neu einlaufenden Aufträge ab September 1. d. M. eine Aufhöhung von 25 Prozent auf die Verbandspreise berechnet wird.

\* Gegen Heißrotmarrken darf nur Gebäd, aber kein Mehl verpackt werden, so lautet eine Bekanntmachung, die der Kgl. Landrat für den Umfang des Kreises Merseburg jetzt erlassen hat. Ferner werden die Bestimmungen der Bekanntmachung, betr. die Ausgabe von Heißrotmarrken vom 8. August d. J., wonach die Gasse und Schantwirtschäften für die im Gembetrieb eingekommenen Heißrotmarrken in den Bäckereien und Mehlhandlungen des Kreises Brot und Mehl erhalten, aufgehoben. Die Gasse und Schantwirtschäften haben die eingekommenen Heißrotmarrken bei ihrer Gembetriebe gegen andere Brotmarken umzutauschen. Diesem und Schantwirtschäften ist noch auf das obige Verbot der Mehlpackung gegen Heißrotmarrken besonders unter Hinweis auf die Strafbestimmungen aufmerksam gemacht. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

\* Dörren von Obst und Gemüse durch die Bäder. Man schreibt uns: Einen nachdenklichen Wertes Weg, um die Bevölkerung dazu anzubahnen, sich jetzt für die Winterzeit selbst Vorkehrungen zu treffen, ist die Aufforderung, sich die Stadterhaltung von Stuttgart zu beschaffen. Das Stadtkommissariat Stuttgart hat mit dem Ausschuß der dortigen Bäderverwaltung vereinbart, daß eine große Zahl von Bädern in den verschiedenen Stadtteilen und Vororten zum Preise von 5 Pf. für das Pfund Preislohn und Gemüse dörren. Auf diese billige

Weise, die in den Haushaltungen keinen Mehraufwand von Gas oder Feuerung mit sich bringt, kann jeder Einwohner sich größere Mengen von Gemüse und Obst dörren lassen, wobei die ohnehin vorhandene Wärme der Bädern zum besten der Vorkonzentration voll ausgenutzt wird. Da das Dörren in den Haushaltungen infolge der angeordneten Kohlen- und Gasverdrängung nicht mehr durchführbar ist, würde es sich auch hier empfehlen, die Wärme der Bädern für das Dörren nutzbar zu machen.

\* Kohlenreparatur in den Bahnhöfswirtschaften. Die Kgl. Eisenbahnverwaltung hat verfügt, daß auch in den Bahnhöfswirtschaften an Brenn- und Beleuchtungsstoffen in möglichst weitgehendem Maße gespart wird. Die Betriebsämter sollen die bereits früher getroffenen Anordnungen über die möglichst frugalste Schließung aller — ganz oder zeitweise — entbehrlichen Räume und Betriebsräume für jeden Bahnhof nachprüfen und im besonderen örtlich feststellen, wo durch einfache bauliche Änderungen in ausführenderem Umfang (Ziehen von Bretterwänden, Türanlagen für die Schankräume und dergleichen), unangenehm für die besondern Räume vertilgert oder verkleinert werden können.

\* Gegen Diebstahl am Heeresfronten. In einer größeren Anzahl deutscher Städte und besonders militärische Kommandos eingerichtete worden, um die Heeresfront gegen die in letzter Zeit öfter verübten Diebstahl zu schützen. Eine Anzahl solcher Fälle ist schon aufgeklärt worden. Die Täter haben sich nun vor dem Richter zu verantworten und empfindliche Strafen zu verdienen. Für den Heeresfronten, die in der letzten Zeit bei den in Kampf liegenden Kameraden bestehen gibt es mit Recht keine Milderung. Die Täter, da es sich fast durchweg um Transport-Diebstahl handelt, haben bis zu zehn Jahren Zuchthaus zu erwarten. Das möge jeder bedenken, der solchen Verbrechen ausgeht ist.

\* Neuanlagen unserer Schulhäuser. Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß wegen der Notwendigkeit der Reparatur der Schulhäuser sehr eingeschränkt werden solle. Es würde zu wünschen sein, daß diese Einschränkung auch nach dem Kriege bestehen und den Verlegern unter allen Umständen das Recht genommen würde, ohne jede Berechnung einen Neudruck dem anderen folgen zu lassen zum Schaden der Schulhäuser und der Budgetverhältnisse. Wir haben schon vor dem Kriege über die Notwendigkeit, die Schulhäuser zu reparieren, mehrfach berichtet und sind froh, daß diese Angelegenheit endlich hinreichend ernstlich genommen wird. Für unsere Schulhäuser Neuanlagen, die gegen die Vorkriegszeiten geringfügige Abweichungen enthielten, und in den Schulen wurde prompt die neue Auflage verlangt. „Eine neue Auflage“ wurde der Schreinerpreis für alle Schulbücher, deren Nachdruck die „alten Auflagen“ im älteren Bestand nicht mehr gebräuchlich konnten, und der Buchhändler, die die neuen Auflagen, die sie nicht an die Verleger zurückgeben konnten, da letztere nur „alt“ Schulbücher verkaufen, solange sie den alten Bestand konnten. Unangenehme Summen sind auf diese Weise den Schulbüchern in den Händen der Verleger, die von der Lage gedrungen worden, höflichst greift hier der neue Kultusminister endlich ein durch eine Verfügung, daß die alten Auflagen der Schulbücher ohne Rücksicht auf den Preis zurückgegeben werden dürfen. Die schnelle Aufhebung der „neuen Auflagen“ würde dann von selbst erfolgen.

\* Keine Beschränkungen im Tabakverbrauch. Man schreibt uns: Es erhält sich das Gerücht, daß die Regierung mit der Absicht umgehe, Vorschriften über den Verbrauch von Tabakerzeugnissen zu erlassen, um einen möglichst parlamentarischen Verbrauch herbeizuführen. Diese Gerüchte entbehren tatsächlich jeder Unterlage. Es ist weder die Einführung von Tabaksteuern, noch ein Verbot des Tabakrauchs, noch ein Verbot eines anderen Tabakerzeugnisses in Aussicht genommen. Gegen die Einführung von Tabaksteuern spricht vor allem die Erwägung, daß eine gleichmäßige Verteilung nicht in Frage kommen kann, da es bekanntlich nicht nur Raucher, sondern auch Nichtraucher gibt. Die letzteren hätten naturgemäß auch einen Anpreis auf Tabakerzeugnisse, da sie ja Tabakerzeugnisse zu Gebrauchsgegenständen, vor allem für Angestellte in der Freizeit, verwenden können. Die Tabaksteuer würde infolgedessen unpopulär zu einem geschickten Handelsartikel werden, wodurch der Zweck der Nationalisierung von vornherein verfehlt wäre. Auch aus inneren Gründen liegt kein Anlaß zu einer Regelung des Verbrauchs von Tabakerzeugnissen vor.

22 habe. Die „Kisten“ hielt der Hof und demnach auch alles, was zum Hofe gehörte, nämlich Jurem. Vor der Bühne verschwanden die übermütigen Operetten und das Ballet, und die Klassiker und die hochdramatische Oper beherrschten das Repertoire. Es war dies die Zeit, in der man den jungen Großherzog sehen, den Herzog Nikolaus nie im Theater sah, außer bei einer Wagner-Aufführung. Waren die Opernrollen verstanden, dann ließ es wie ein neuer Bestenstimm durch Gerüchte und die „Gesellschaft“, und mit dem Frühlingsest, das immer am 18. Mai stattfand, war wieder der Freude und dem heiteren Geschehen Tür und Tor geöffnet. Ebersberg, die großherzogliche Sommerresidenz, war ein Ort der Besinnung aus dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts, in einer landschaftlich reizvollen Umgebung, und hier entfaltete sich dem für einige Monate das heiterste Sommerleben. Tennisparties, Gardemartines, Widris, Bootfahrten, Feuerwerk mit nachfolgendem Tanz wechselten ab, und das gesellige Schloß wurde nie leer von Belagern.

Es ist Ende August, und Gräfin Detersbach ist auch mit Sabine als Gast der Großherzogin dort eingetroffen. Sabine war nun seit zehn Wochen in Grotzberg; zehn Wochen. Sie haben genügt, daß die Welt, in der sie jetzt lebt, die ihre geworden ist, in der sie sich wohl und heimlich fühlt, als habe sie nie eine andere kennen gelernt. Die Gräfin Detersbach bemerkte es mit unvorhoffener Genauigkeit.

„Du bist die geborene Soädame, Sabine“, pflegte sie zu sagen, wenn sie mit der Waise von dem einen oder anderen Sommerfest heimkehrte. Es hat sich bald eine Schar von Verehrern um die Baroness Wäslau gesammelt, sie ist schnell und mühselos der Mittelpunkt der gesellschaftlichen Kreise geworden. Wird von den Kameraden benannt, ist der Mutter, die sie gebar, von den jungen Mädchen benannt. Zwei Majoratsbesitzer, die

nissen vor. Der Tabak ist ein entbehrliches Gemüßmittel, dessen Gebrauch dem Gravelen des Gemüßes überlassen bleiben kann. Ein zu starker Verbrauch erschöpft die vorerwähnten Bestandteile vorzeitig, während eine gewisse Einschränkung die Sicherheit gewährt, da der Tabakverbrauch nicht bis zu einem Grade ansteigen kann, durch die Abgabe keine Vorräte zu schonen, so daß die Aufrechterhaltung des Bestandes sichergestellt ist.

### Magistrats-Vorlagen.

Der Magistrat hat beschlossen, den mit Frau Baummann-Send geschlossenen Vertrag über die Bornahme von Ausgrabungen auf dem Museumsgrundstück bis zum 1. Oktober 1918 zu verlängern. — Zur Begründung wird ausgeführt: Wir können es nur begrüßen, daß durch Frau Baummann-Send auf unserer Altburg derartige Forschungen vorgenommen werden, welche geeignet sind, die Aufmerksamkeit der Fachwelt auf sie zu lenken und unseren Museen wertvolle vorgeschichtliche Funde zuzuführen.

Betr. Abtandnahme von Aufstellung der Liste der stimmberechtigten Bürger liegt folgender Magistratsbescheid vor: Auf Grund der Verordmung vom 7. Juli 1915 (Gesetz-Sammlung Seite 111) und 4. März 1917 ist von einer Aufstellung, allgemein oder Einzelberufung, sowie Aufhebung der Liste der stimmberechtigten Bürger der Stadt Merseburg im Jahre 1917 abgesehen und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zu Grunde zu legen.

Abtandnahme von Aufstellung der Liste der stimmberechtigten Bürger der Stadt Merseburg im Jahre 1917 abgesehen und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zu Grunde zu legen. Der Magistrat hat beschlossen, das Angebot der Frau E. Wollenburg, der Stadt die ihr gehörigen Feldgrundstücke a) am Pulverturm 73 a 77 um ein Pfundzins von jährlich 60 Mk. für den Morgen, b) an der Treibschiffen Gärtnerei in Größe von 8 Morgen 63 Ruthen zum Preise von 60 Mk. für den Morgen für längere Jahre zu verpachten, um es in kleinen Parzellen weiter zu geben, mit Genehmigung des Magistrats für auf fünf Jahre zu erfolgen. Das Gelände von der Treibschiffen Gärtnerei soll dem Strebergartenverein, der die bisher von ihm für Ackerfeldland eingepachteten Parzellen räumen muß, zur Verfügung gestellt werden; zu gleichen Pachtbedingungen. Der Plan am Pulverturm, der erst 1918 fest wird, ist in kleinen Parzellen verpachtet werden. Der Stadtrat ersuchen wir sehr hoch, aber der Magistrat hat trotzdem geäußert, das Angebot annehmen zu müssen, da bei unmittelbarer Anpachtung solcher kleiner Gelände die durch die Anbauer noch höhere Preise verlangt werden.

Abtandnahme einer Schenkung. Von einem ungenannt gebliebenen wohnenden Verwandten ist der Stadt eine Schenkung von 3000 Mk. für die Langenheidekirche gemacht worden. Der Magistrat hat die Annahme der Schenkung beschlossen und führt weiter aus: Das Kapital wird anders angelegt und als Grundfonds für eine von der Stadt zu errichtende Heilanstalt bestimmt. — Dank und hoher Freude ist es zu begrüßen, wenn sich Wohlthäter finden, die durch hochherzige Stiftungen das Los der armen Lungentranken zu mildern und zu ihrer Heilung beitragen, damit, wie es sich ausdrückt, „deutsches Blut und deutsches Leben auch in Schwachen und Kranken erhalten“ werden. Die Schenkung soll als Grundfonds für eine Heilanstalt der Stadt zu errichtenden Heilanstalt verwendet werden. Auf diese Weise ist die wichtige Aufgabe der Stadt, für die Lungentranken zu sorgen, wieder einen erfreulichen Schritt vorwärts gekommen.

Schenkungsbescheid vom 7. Geburtstag Hindenburgs. Der Magistrat beantragt: Aus der zur Verfügung der beiden kaiserlichen Kaiserfamilien stehenden Summe werden als Gabe zum 7. Geburtstage n. Hindenburg, 2. Oktober 1917, 1000 Mk. bewilligt. — Als Begründung bemerkt der Magistrat: Wie aus dem ungenannten Auftrag ersichtlich ist, soll unterm Hindenburg zum 7. Geburtstag eine Spende überreicht werden, die für Soldatenheim, für unsere Kriegsgefangenen und zur Erhaltung in solchen Fällen herangezogen werden soll, an die die allgemeine Fürsorge nicht heranreicht, und überreicht. Wie einstimmig auf einer Tagung des Stadtrates gutgeheißen wurde, soll von öffentlichen Feiern an diesem Tage abgesehen werden, weil das dem Entsch. der Zeit und dem Charakter des zu feiernden nicht entspricht. Auch erhebt es nicht zweckmäßig, durch Streichen

## Nur eine Krone.

Roman von E. von der Vanden.

24 Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Der junge Herrgott war stolz und zu Flug, um irgendeine Enttäuschung, ein Verlegen zu vertragen, aber indem er seinen Namen für der Stadt, der ihn nicht zum freien Kommen ließ, und kein unruhiger Geist, kein keckerhaftes Temperament verzeihen sich in der Unzufriedenheit, zu der er sich in seiner Stellung und in der kleinen Residenz verurteilt hat. Der Herrgott hatte sich sehr jung verheiratet und war dann hinterlos. Wäslau geworden, das ist zu viele, viele Jahre zurück, daß eigentlich niemand mehr daran dachte. Er hatte von keiner Gemahlin und von seiner Mutter ein bedeutendes Vermögen geerbt, so daß er derjenige war, der über die größten pekuniären Mittel in der großherzoglichen Familie verfügte. Er hatte sich kein Palast mit seinem Kamin und vornehmem Luxus ausgesucht, hielt sich einen eigenen Marstall und einen Rennstall ausgestattet, schöner Pferde. Er galt als freigelegter Mann, nicht nur dem weiblichen Geschlecht, sondern auch talentierten Kunstlerinnen gegenüber, vornehmte gern einen Kreis bedeutender Menschen um sich, wobei weder Geburt noch Rang ausschlaggebend waren. Großherzog Paul Ernst führte eine heillosige und glänzende Hofhaltung, die die winterlichen und sommerlichen Feste überlaten, man sah künftighin Hof an Beachtung und Luxus. Das Ehepaar Friedrich Eduard und die reizende Prinzessin Helene liebten auch ein luftiges Leben, und wenn Altermittwoch die ausschlaggebenden Kreise der Gesellschaft die längsten Klartage zum Hof nahmen und erste Besucher aufkamen, so lagte sich jedermann im geheimen zum Tode, da die Hofgesellschaft nur ein paar Wochen dauere und das Jahr

besten Partien des Landes, traten als erste Hofbesucher auf. Einer von ihnen, Graf Sodenheim, war jetzt auch als Hausgast in Ebersberg. Man munkelte, die Großherzogin begünstigte die Partie. — Die Damen waren gegen Abend zwischen fünf und sechs gekommen. Die erste Hofdame hatte sie empfangen mit großer, beinahe etwas übertriebener Höflichkeit, hatte sie auf ihre Zimmer geführt und gelagt, daß die Großherzogin sie vor dem Essen zu empfangen würde.

„Ich hoffe, meine liebe Gräfin Detersbach, Sie finden alles nach Wunsch, es sind die beiden Zimmer, welche Sie immer bewohnen. Für unsere „Kleine“ ist das Turmzimmer bestimmt an dieser Stelle, es ist nicht sehr groß, aber in diesem entzückenden Anblick und ist den Jahren doch sehr nett. Wäslau Sie sind recht gemüßlich, ich hoffe Ihnen gleich der Tee. Mich bitte ich zu entschuldigen, wir erwarten Sodenheim mit seiner Mutter, und ich muß die „hübsche Margarete“ empfangen.“

Kräulein von Staragd drückte der Gräfin die Hand, klopfte Sabine auf die Wange, nickte aus der halb geschlossenen Tür und nickte nach dem verlassenen ihre kurzen, etwas trappelnden Schritte im Korridor.

„Wenn Sie nur nicht so schrecklich viel lieben möchte, die gute Wäslau“, bemerkte die Gräfin zu Sabine gemeldet, während die „unvergleichliche“ Dora Mantel und Tüt ihrer Herrin in Empfang nahm. Bald darauf lagen Tante und der geöffnete Fenster des Wohnzimmer am Tisch.

„Also Sodenheim kommt auch“, bemerkte die Gräfin, einen verbotenen beobachtenden Blick zu dem jungen Wäslau hinüber werfend. Sabine zerbröckelte ein Stück Torten auf ihren Teller und ließ plötzlich mit einem kleinen höflichen Lachen zu der Sprecherin hinüber.

„Das ist mit höchst gelb, Tante Adele, du weißt, ich finde ihn fad und langweilig.“

(Fortsetzung folgt.)



# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,00 Mk. einschließlich Postgebühren durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

— Fernsprecher Nr. 324. —

**Gratifikationen:**  
Illustriertes Unterhaltungsblatt  
Landwirthsch. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Lotterielisten — Kurszettel

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile für drei Wochen 25 Pf., im Reklameteil 50 Pf., Chiffrenanzeigen und Nachmeldungen 20 Pf. mehr. Platzvorbehalt ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.

— Geschäftsstelle: Delgrube 9. —

Nr. 210

Sonnabend den 8. September 1917

44. Jahrg.

## Weiter vorwärts im Osten.

### Die deutsche Kavallerie steht bereits 70 Km. östlich von Riga.

#### Polnische Wirren.

Der polnische Staatsrat, der schon vorher infolge des Rücktritts der Vertreter der linken Parteien eine Kampfkörperlichkeit gemein war, ist vor einigen Tagen in seiner Gesamtheit zurückgetreten. Einen beschränkten Teil seiner Aufgaben — wie man hört, eigentlich nur die auf dem Gebiete des Ernährungswesens — wird ein dreigliedriger Ausschuss weiterzuführen; dieser Ausschuss ist zurzeit auf polnischer Seite das einzige Zentralorgan des werdenden (oder doch werden sollenden) Staates. Den Anstoß zum Rücktritt gab nach amtlicher Mitteilung die alte Streitfrage zwischen Staatsrat und Befehlshaber der Legionen. Der Staatsrat hatte sich seit langem den Anspruch erhoben, daß die Legionen als Truppen des künftigen polnischen Staates seiner Verfügungsbefehl zu unterstellen seien. Die Okkupationsverwaltung konnte unmöglich zulassen, daß eine bewaffnete Macht im Rücken der Front unter anderem als deutlicher oder stillschweigend-ungarischer Befehlshaber gerate. Nachdem die Legionen aus dem R. u. K. Seereserveverband ausgeschieden waren, wurden sie deshalb dem Generalobern unter Befehl unterstellt. Solange sie untätig im Lande blieben, begnügte sich der Staatsrat mit grundsätzlichen Einbrüchen. Kürzlich wurde nun aus militärischen Erwägungen und Bedürfnissen heraus der größte Teil der Legionen (deren Angehörige in der überwiegenden Mehrzahl Galizier, alte österreichische Staatsangehörige, und nur in kleiner Zahl Polen aus dem Fürstentum sind) an die galizische Front geschickt. Darauf legte der noch vorhandene Rest des Staatsrats sein Amt nieder.

Der Staatsrat oder das eine oder andere seiner Mitglieder mag den Rücktritt als Einbruch empfinden, daß das oberste Organ der polnischen Staatsbildung vor der Verwendung der Legionen an der Front nicht befragt wurde. Großen Teilen des polnischen Volkes wird er aber zweifellos als Einbruch gegen die Kriegsbeteiligung der polnischen Soldaten überhaupt erscheinen. Dem deutschen Leser wird das nicht ohne weiteres verständlich sein. Denn wir betrachten es als ganz naheliegend und natürlich, daß die von uns befreiten Polen für ihren Anteil an unserer Kriegseinstellung im Entschließen begünstigten selbständigen Staat an der Seite derer kämpfen, die für diesen Staat den Grund gelegt haben — der Deutschen und der Österreichern.

Die Mehrheit der Polen denkt nicht so. Sie nimmt es gern hin, daß wir den Stein ins Rollen gebracht und die Frage der polnischen Staatlichkeit auf die europäische Tagesordnung gesetzt haben. Aber sie ist nicht geneigt, unsere Feinde als ihre Feinde anzusehen. Im Gegenteil: die „demokratischen“ Westmächte gelten sehr vielen Polen immer noch als die wahren Freunde des polnischen Volkes. Selbst als sie noch mit dem Sozialismus verknüpft waren, rechnete man in Polen vielfach damit, daß man sich bei der Friedenskonferenz auf sie stützen, ihren Schutz und ihre Güternähe werde anrufen können, nicht nur gegen das zaristische Rußland, sondern auch gegen die ihre Interessen wahrnehmenden Befreiungsmächte, insbesondere gegen Deutschland. Nach der russischen Revolution fanden weite Kreise der Habitués und Sozialisten, daß, nachdem nun auch Rußland „demokratisch“ werde, jeder polnischen Gegenpartei gegen die gesamte Entente der Boden entgegen sei. Man konnte aus dieser neuen Stellung zunächst keine praktischen Folgerungen ziehen, weil das Land sich ja in deutschen und österreichischen Händen befand, aber man wollte auch nichts tun, was Polen die Freundschaft des Viererbundes für später verzerren konnte.

So entstand eine, gewiß nicht das ganze Volk, aber doch eine recht stattliche und politisch sehr lebensfähige Anhängerpartei umfassenbe Richtung, die die höchste Weisheit darin sah, von den Befreiungsmächten möglichst viel zu fordern, ihnen aber nichts zu geben.

Jeder Schritt, den die Befreiungsmächte auf dem Wege zur selbständigen polnischen Staatlichkeit weitergingen, wurde nicht nur angenommen, sondern auch durchwegs ungenügend kritisiert; denn je mehr am polnischen Staatsbau am Kriegsschlusse fertig war, um so besser war die Lage Polens bei den Verhandlungen. Auf der andern Seite stieg jede Forderung nach Gegenleistung, nach freier, aktiver Stellungnahme für die Zentralmächte auf, jähren, hartnäckigen Widerstand. Man wollte es um keinen Preis mit der Entente verderben und bemühte sich deshalb, soweit man nicht dem Zwange der Befreiung folgen mußte, „neutral“ zu bleiben.

Unter dem Einfluß dieser Strömungen gewickelte sich die Stellung des Staatsrats immer schwieriger. Er sollte mit den Befreiungsmächten arbeiten, von ihnen möglichst viele und weittragende Zugeständnisse zu erlangen suchen und ihnen dafür seinerseits gar keine gewähren. Da solche Taktik naturgemäß mit den größten Hemmnissen umgeben war und zu keinen besonderen Erfolgen führen konnte, war es leicht, Stimmung gegen den Staatsrat zu machen und die Unzufriedenheit gegen ihn zu schüren. Immer mehr Mitglieder schiedem deshalb aus, und die letzten haben wohl die Unmöglichkeit der Regimentsaufgabe nicht ungenutzt, um sich ihrer undankbaren Aufgabe zu entziehen.

Auf die Politik Deutschlands und Österreich-Ungarns in Polen wird die Kunde des Staatsrats zunächst wohl keinen entscheidenden Einfluß üben. Aber als früherer Abschluß einer wenig erfreulichen Entwicklung polnischer Stimmungen und Tendenzen verdient sie in Deutschland volle und ernste Beachtung.

## Der Weltkrieg.

Sündenburgs und Ludendorffs reifste Zuersticht.

„Neuzeit“ schildert Schriftsteller Tanen den Empfang der bürgerlichen Journalisten im deutschen Hauptquartier und ihre Besprechung mit Sündenburg und Ludendorff. Die Journalisten sind in der Erwartung, daß sie von uns befreiten Polen für ihren Anteil an unserer Kriegseinstellung im Entschließen begünstigten selbständigen Staat an der Seite derer kämpfen, die für diesen Staat den Grund gelegt haben — der Deutschen und der Österreichern. Die Mehrheit der Polen denkt nicht so. Sie nimmt es gern hin, daß wir den Stein ins Rollen gebracht und die Frage der polnischen Staatlichkeit auf die europäische Tagesordnung gesetzt haben. Aber sie ist nicht geneigt, unsere Feinde als ihre Feinde anzusehen. Im Gegenteil: die „demokratischen“ Westmächte gelten sehr vielen Polen immer noch als die wahren Freunde des polnischen Volkes. Selbst als sie noch mit dem Sozialismus verknüpft waren, rechnete man in Polen vielfach damit, daß man sich bei der Friedenskonferenz auf sie stützen, ihren Schutz und ihre Güternähe werde anrufen können, nicht nur gegen das zaristische Rußland, sondern auch gegen die ihre Interessen wahrnehmenden Befreiungsmächte, insbesondere gegen Deutschland. Nach der russischen Revolution fanden weite Kreise der Habitués und Sozialisten, daß, nachdem nun auch Rußland „demokratisch“ werde, jeder polnischen Gegenpartei gegen die gesamte Entente der Boden entgegen sei. Man konnte aus dieser neuen Stellung zunächst keine praktischen Folgerungen ziehen, weil das Land sich ja in deutschen und österreichischen Händen befand, aber man wollte auch nichts tun, was Polen die Freundschaft des Viererbundes für später verzerren konnte. So entstand eine, gewiß nicht das ganze Volk, aber doch eine recht stattliche und politisch sehr lebensfähige Anhängerpartei umfassenbe Richtung, die die höchste Weisheit darin sah, von den Befreiungsmächten möglichst viel zu fordern, ihnen aber nichts zu geben.

Wiffon und Deutschland.

Aus dem Haag berichtet eine eigene Drahtmeldung: Dem „Nieuwe Courant“ wird aus Washington gemeldet:

Das amerikanische Staatsdepartement hat bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten nicht die Entfaltung der Dynamik der Friedensverhandlungen verlangen. Amerika würde sich damit zufrieden geben, wenn innere politische Reformen in Deutschland eingeführt würden, durch die die Christlichkeit des Auftretens Deutschlands gegenüber den anderen Nationen gewährleistet würde. Man wünschte Deutschland nicht eine solche in die Regierungsform vorzuführen. Amerika würde selbst darüber entscheiden, ob ihm die in Deutschland eingeführten Reformen als genügende Grundlage für Friedensverhandlungen erschienen. (1?)

Beitritt Chinas zum Londoner Abkommen.

Die „Daily Mail“ meldet, daß China am 2. September dem Londoner Abkommen gegen den Abschluß eines Sonderfriedens beigetreten ist.

Sungertieg gegen die Neutralen.

Der New Yorker Berichterstatter der „Times“ meldet: Holland, die Schweiz und die skandinavischen Länder werden in Zukunft als Länder behandelt werden, von denen angenommen wird, daß sie als Hauptstützen Deutschlands ihren Handel mit Deutschland und seinen Verbündeten fortsetzen wollen. Wilson erklärte vor kurzem, daß eine strengere Überwachung der Ausfuhr dieser neutralen Länder nach Deutschland geboten sei, deshalb habe er auf Grund der ihm von dem Kongress erteilten Befugnisse ein Ausfuhrverbot für Waren erlassen, von denen man annehmen würde, daß sie irgendwo Deutschland und seinen Verbündeten zugute kommen würden. Praktisch bedeutet das, lag der Berichterstatter, daß diese Neutralen auf Nationen gestellt werden.

Der Despechenwechsel Kaiser Wilhelms mit den Jaren über den Dreimächte-Zusammenschluß gegen England.

Reuter meldet: Der „New York Herald“ veröffentlicht Telegramme des Deutschen Kaisers an den Jaren während des russisch-japanischen Krieges, deren Grundgedanken mit denen dessen bekannt gegeben haben. In einem Telegramm an den Jaren vom 27. Oktober 1904 lagt der Kaiser unter Bezugnahme auf die Aufforderungen der britischen und japanischen Regierung an Deutschland, Kohlenlieferungen an russische Schiffe einzustellen: „Diele neue Gefahr muß durch Rußland an Deutschland im Auge gefaßt werden und die Gefahr, daß Frankreich die russische Kohlenlieferung einmündig ist, Paris zu retten. Dieser Gründe wegen müßte ein Zusammenstoß der drei stärksten Mächte des Weltlandes erfolgen. Dann würde sich die angelsächsische Gruppe zweimal bedeuten, bevor sie handelt.“ — Der Jare antwortete am nächsten Tage. Er ist mit dem Deutschen Kaiser damit einig, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich vereinigen müßten, um den englisch-japanischen Hochmut und die Unvorsichtigkeit dieser Länder zu brechen. Er ermächtigt den Kaiser, einen derartigen Vertrag in groben Umrissen zu entwerfen. Frankreich würde wohl dafür zu haben sein, sich keinem Verbündeten anzuschließen, sobald Deutschland und Rußland den Vertrag unterzeichnet hätten. Darauf handte der Deutsche Kaiser einen Entwurf an den Jaren, den dieser Frankreich vorzulegen beabsichtigte. Doch scheint er später von dieser Absicht zurückgekommen zu sein. Der Kaiser telegraphierte u. a. zurück: Wenn Frankreich weiß, daß der Vertrag zwischen Rußland und Deutschland noch nicht unterzeichnet ist, würde es seinen Freund, wenn nicht seinen gemeinen Verbündeten England, an den es durch die Entente cordiale gebunden ist, sofort informieren. Die Folge davon würde ein Angriff der beiden verbündeten Mächte Englands Japan auf Deutschland sowohl in Europa wie in Asien sein. Ihre unermessliche Übermacht zur See würde meine kleine Flotte bald lähmen und Deutschland würde vorübergehend flüchtig sein. — Am folgenden Tage telegraphierte der Kaiser: Es darf keine Zeit verfließen werden. Keine dritte Macht darf über unsere Absichten irgend etwas erfahren, bevor das Abkommen bezüglich der Beziehungen zwischen England und Deutschland abgeschlossen worden ist. Die Folgen werden sonst sehr gefährlich sein. — Der Jare antwortete am nächsten Tage: Ich teile vollkommen Deinen Wunsch und hoffe zu einer baldigen Erledigung dieser Angelegenheit zu kommen.

